

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Sessionsvorschau

Sommersession Ständerat

Publikationsdatum: 17.05.2023



Inhaltsverzeichnis

Editorial		3
Ratsgeschäfte		4
22.025 — Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag	Anpassung	4
21.047 — Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz	Anpassung	4
19.311 — Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung	Annahme	5
22.461 — Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft	Anpassung	5
23.3222 — Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung	Annahme	5
23.028 — Standortförderung 2024-2027	Annahme	6
22.073 — Informationssicherheitsgesetz. Änderung (Einführung einer Meldepflicht für Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen)	Annahme	6
20.3237 — Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen	Ablehnung	7
20.451 — Armut ist kein Verbrechen	Annahme	7
Impressum		9



Editorial

Die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien und der Schutz der Biodiversität sind zwei der Themen in der kommenden Sommersession, die für die urbane Schweiz von grosser Bedeutung sind. Gerne präsentieren wir Ihnen im Rahmen dieser Sessionsvorschau die Haltung des Schweizerischen Städteverbandes zu ausgewählten Geschäften.

Der Mantelerlass Energie ist von entscheidender Bedeutung, um die erneuerbaren Energien zu fördern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, weswegen der Städteverband diesen unterstützt. Zu beachten gilt es jedoch, dass eine Mitsprachemöglichkeit für die Standortgemeinden geschaffen wird und die Interessensabwägung zwischen dem Natur- und Umweltschutz einerseits und dem Ausbau von erneuerbaren Energien andererseits gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang empfehlen die Städte zudem mit einem indirekten Gegenentwurf zur Biodiversitätsinitiative die rechtlichen Grundlagen und die Finanzierung für den Schutz und die Förderung der Biodiversität festzulegen.

Daneben unterstützen die Städte die Parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen» und die Motion «Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung»

Die Position des Städteverbandes zu diesen und weiteren Geschäften finden Sie in der vorliegenden Sessionsvorschau. Wir wünschen Ihnen eine gute Session und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse und eine gute Lektüre

Martin Flügel
Direktor



Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und städtischen Gemeinden. Der **Schweizerische Städteverband** setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.



Ratsgeschäfte

22.025 Geschäft des Bundesrates

Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Donnerstag, 8. Juni 2023

Ständerat

Position: Erhaltung und Förderung der Biodiversität, insbesondere auch mit speziellem Fokus auf die Biodiversität im Siedlungsraum, sind ein wichtiges Thema für die kommunale Ebene. Städte, Gemeinden und Kantone sind durch das Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) verpflichtet, in intensiv genutzten Räumen für ökologischen Ausgleich zu sorgen. Der Städteverband unterstützt deshalb den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative, mit welchem Schutzgebiete qualitativ aufgewertet und untereinander vernetzt werden sollen. In Siedlungsgebieten sind grössere zusammenhängende Flächen für den ökologischen Ausgleich zentral. Um an geeigneten Orten Ausgleichsflächen realisieren zu können, braucht es die im Gegenvorschlag vorgesehene Sensibilisierung, Beratung und finanziellen Anreize für Eigentümer.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, der Kommissionsminderheit der UREK-S zu folgen und mit einem indirekten Gegenentwurf die rechtlichen Grundlagen und die Finanzierung für den Schutz und die Förderung der Biodiversität festzulegen.

21.047 Geschäft des Bundesrates

Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Bundesgesetz

Donnerstag, 1. Juni 2023

Ständerat

evtl. Donnerstag, 8. Juni 2023

Ständerat

Position: Der Stände- und der Nationalrat haben die Ziele für den Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien verschärft, was der Städteverband ausdrücklich begrüsst. Um aber diese Ziele erreichen zu können, ist eine Interessensabwägung zwischen dem Natur- und Umweltschutz einerseits und den Interessen ihrer Nutzung andererseits unerlässlich. Im Hinblick auf die Bekämpfung der Klimakrise sind gewisse landschaftliche Veränderungen vertretbar. Die Biodiversität muss aber geschützt bleiben: Der Städteverband lehnt daher den Bau von Produktionsanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie die Sistierung der Restwasservorschriften für bestehende Wasserkraftwerke ab.

Im Sinne einer effizienten Klima- und Energiepolitik befürwortet der Städteverband grundsätzlich eine Vereinfachung und Beschleunigung des Planungs- und Bewilligungsverfahrens für grosse Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Er unterstützt den Vorschlag, dass für die Nutzung der Solar- und Windenergie geeignete Gebiete in den kantonalen Richtplänen ausgeschieden werden. Die Standortgemeinden müssen aber frühzeitig in die Planungs- und Bewilligungsverfahren einbezogen werden. Eine Mitsprachemöglichkeit muss garantiert werden, auch um die lokale Akzeptanz sicherzustellen.

Empfehlung: Der Städteverband ruft den Ständerat dazu auf, die Biodiversität zu schützen und die Mitsprachemöglichkeit der kommunalen Ebene sicherzustellen.

19.311 Standesinitiative Zug

Politisches Mandat auch bei Mutterschaft. Änderung der Bundesgesetzgebung

Donnerstag, 8. Juni 2023

Ständerat

Position: Die Standesinitiative fordert, die Bundesgesetzgebung derart anzupassen, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes auf allen politischen Legislativebenen ihre Mandate während des Mutterschaftsurlaubs wahrnehmen können, ohne dadurch den Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung und den Mutterschutz aus der beruflichen Tätigkeit zu verlieren. Die Städte sind darauf angewiesen, dass ihre Parlamentsmitglieder ihr Mandat ausüben können, ohne Nachteile zu erleiden. Da die aktuelle Regelung nicht mit dem schweizerischen Milizsystem vereinbar ist, unterstützen die Städte die angestrebte Änderung.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.

22.461 Parlamentarische Initiative UREK-NR

Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft

Donnerstag, 1. Juni 2023

Ständerat

evtl. Dienstag, 6. Juni 2023

Nationalrat

evtl. Donnerstag, 8. Juni 2023

Ständerat

evtl. Montag, 12. Juni 2023

Nationalrat

Mittwoch, 14. Juni 2023

Ständerat

Position: Um die CO₂-Emissionen nachhaltig zu senken und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Windkraftanlagen, die für die Winterstromproduktion eine wichtige Rolle spielen, können massgebend dazu beitragen. Aus diesem Grund begrüsst der Städteverband die Absicht des Nationalrates, eine rasche Realisierung der Windparkprojekte, die bereits über eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen, zu ermöglichen. Zwecks Beschleunigung der Verfahren kann sich der Städteverband damit einverstanden erklären, dass die Kantone die Kompetenz erhalten, die Baubewilligung für die betroffenen Windenergieanlagen zu erteilen. Jedoch müssen die Standortgemeinden frühzeitig in das Verfahren einbezogen werden. Eine Mitsprachemöglichkeit der Standortgemeinden muss garantiert werden, auch um die lokale Akzeptanz sicherzustellen.

Empfehlung: Der Städteverband ersucht den Ständerat, eine Mitsprachemöglichkeit der Standortgemeinden zu garantieren.



23.3222 Motion Carobbio Guscetti (SP/TI)

Nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und bei Behinderung

Dienstag, 6. Juni 2023

Ständerat

Position: Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen und den Akteuren der Zivilgesellschaft eine nationale Strategie für Betreuung und Wohnen im Alter und für Menschen mit Behinderungen auszuarbeiten. Dabei sollen sowohl die sozialpolitische als auch die gesundheitliche Dimension berücksichtigt werden. Das Thema der Betreuung im Alter beschäftigt die Städte stark, denn die Zahl der betagten Menschen im urbanen Raum wird zunehmen, und der Zugang zu Hilfe und Betreuung ist ungenügend. In seinem aktuellen **Positionspapier** fordert der Städteverband, dass sich die drei Staatsebenen darauf verständigen, gemeinsam die Verantwortung im Bereich der Hilfe und Betreuung im Alter zu tragen und die Zuständigkeiten zu klären. Eine nationale Strategie kann einen wichtigen Beitrag leisten und ist deshalb vollumfänglich zu unterstützen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Motion anzunehmen.

23.028 Geschäft des Bundesrates

Standortförderung 2024-2027

Montag, 22. Mai 2023

FK-NR

Mittwoch, 14. Juni 2023

Ständerat

Position: Grundsätzlich begrüsst der SSV die Standortförderung des Bundes für die Jahre 2024-2027 und insbesondere, dass im Vergleich zur Periode 2020-2023 die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung und der Digitalisierung aufgewertet werden soll. Die Umsetzung der Standortförderung soll anhand der bestehenden Instrumente der KMU-Politik, der Tourismuspolitik, der Neuen Regionalpolitik (NRP) sowie der Aussenwirtschaftsförderung erfolgen. Für die Städte ist insbesondere die Umsetzung des Recovery-Programms für den Schweizer Tourismus, mit dem den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie entgegenge wirkt werden soll, zentral.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



22.073 Geschäft des Bundesrates
Informationssicherheitsgesetz. Änderung (Einführung einer Meldepflicht für Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen)

Donnerstag, 1. Juni 2023

Ständerat

Position: Dieser Gesetzesentwurf legt die Pflicht fest, Cyberattacken auf kritische Infrastruktur zu melden. Er verankert zudem die Aufgaben des 2019 geschaffenen Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) im Gesetz. Cyberattacken und die Cybersicherheit sind sehr wichtige und aktuelle Themen für die Schweizer Städte. Diese befürworten die Einführung einer gesetzlichen Meldepflicht für Betreiber kritischer Infrastrukturanlagen bei Cyberangriffen. Die Mitglieder des Schweizerischen Städteverbandes sind überzeugt, dass die Pflicht, solche Vorfälle zu melden, den Schutz kritischer Infrastruktur in der Schweiz nachhaltig verbessern wird. Die Erweiterung der Kompetenzen des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) wird als angemessen und sinnvoll erachtet.

Der Schweizerische Städteverband legt besonderen Wert darauf, dass die Meldung möglichst einfach erfolgen kann. Die Nachbearbeitung erscheint den Städten wiederum wesentlich, um bewährte Praktiken zu fördern und die Widerstandskraft sämtlicher Akteure zu stärken.

Da die Städte von dieser Angelegenheit direkt betroffen sind, sind sie in die Arbeiten zur Ausarbeitung von Verordnungen einzubeziehen. Dies gilt besonders für die Artikel 74b (meldepflichtige Behörden und Organisationen) und 74c (Ausnahmen von der Meldepflicht).

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, auf den Gesetzesentwurf einzutreten und ihn anzunehmen.

20.3237 Motion Fraktion RL
Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen

Dienstag, 23. Mai 2023

KVF-SR

Donnerstag, 8. Juni 2023

Ständerat

Position: Die Vorlage will die Rahmenbedingungen schaffen, dass Anbieter bis 2024 ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufbauen können. Ein gut ausgebautes Mobilfunknetz ist als strategische Infrastruktur sehr wichtig für die Städte. Der Baubewilligungsprozess für Mobilfunkanlagen ist für die Städte mit der Überarbeitung der BPUK-Empfehlungen in den letzten zwei Jahren inzwischen klar und gut geregelt. Aus Sicht der Städte besteht darum heute kein gesetzlicher Anpassungsbedarf beim Mobilfunk. Die Städte werden den Ausbau von 5G auch in Zukunft im Rahmen der rechtsstaatlichen Verfahren mitvorantreiben.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Motion abzulehnen.



20.451 Parlamentarische Initiative Marti (SP/BL)

Armut ist kein Verbrechen

Montag, 12. Juni 2023

Ständerat

Position: Der Vorstoss verlangt, dass die Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung von Ausländerinnen und Ausländern aufgrund von unverschuldetem Sozialhilfebezug nicht mehr widerrufen werden kann, wenn sie seit mehr als 10 Jahren ununterbrochen und ordnungsgemäss in der Schweiz leben. Die aktuell unverhältnismässig harte Bestrafung von unverschuldetem Sozialhilfebezug, die auf eine gesetzliche Verschärfung von 2019 zurückgeht, ist für die Situation in den Städten sehr problematisch. Einerseits führen die aktuellen Bestimmungen zu unmenschlichen Härtefällen; bestraft werden Personen, die viele Jahre in der Schweiz gearbeitet und Steuern bezahlt haben. Andererseits und ebenso problematisch ist der Effekt, dass heute viele Ausländerinnen und Ausländer ihren Anspruch auf Sozialhilfe gar nicht erst geltend machen, weil sie den Widerruf der Bewilligung fürchten. Dies erschwert die Integration, verhindert eine angemessene Gesundheitsversorgung und erhöht das Risiko, dass sie die Armut an ihre Kinder vererben. Mangelnde Integration, Armut und insbesondere Familienarmut verursachen den Städten hohe finanzielle und gesellschaftliche Folgekosten. Es ist deshalb im Interesse der Städte, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich mehr als zehn Jahre ordnungsgemäss in der Schweiz aufhalten, ihren Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können, ohne mit einem Widerruf der Bewilligung rechnen zu müssen.

Empfehlung: Der Städteverband empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.



Impressum

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
twitter: [@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)
[LinkedIn](#)